

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Stadt Saalfeld/Saale
Bürgermeister
Markt 1
07318 Saalfeld/Saale

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt/Abteilung: Rechtsabteilung / Vergabestelle
Sachgebiet: /

Kontakt:

Telefon 03671/ 598 218
Fax 03671/598 211
E-Mail vergabestelle@stadt-saalfeld.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

<u>Postanschrift:</u>	<u>Kontakt:</u>
Datenschutzbeauftragter	Telefon 03671/ 598 213
Markt 1	E-Mail datenschutz@stadt-saalfeld.de
07318 Saalfeld/Saale	

3. Zwecke der Datenverarbeitung und deren Rechtsgrundlagen
(Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt, um Vergabeverfahren der Stadt Saalfeld/Saale ordnungsgemäß, transparent und rechtssicher durchzuführen. Dies umfasst alle Verfahrensarten und Auftragsgegenstände, insbesondere Vergabeverfahren im Ober- und Unterschwellenbereich (einschließlich Direktaufträge, Verhandlungsvergaben, beschränkte und öffentliche Ausschreibungen sowie Teilnahmewettbewerbe) für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen (einschließlich freiberuflicher und Architekten-/Ingenieurleistungen) sowie die Vergabe von Bauleistungen.

Im Einzelnen dient die Verarbeitung folgenden Zwecken:

- Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens, einschließlich Bekanntmachung, Bereitstellung der Vergabeunterlagen und Kommunikation mit Unternehmen, Bewerbern und Bieter (auch über elektronische Vergabeplattformen)
- Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten, insbesondere Prüfung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) sowie möglicher Ausschlussgründe
- Zuschlagserteilung, Information unterlegener Bieter und Vertragsschluss
- Dokumentation des Vergabeverfahrens und Erfüllung von Veröffentlichungs- und Transparenzpflichten
- Bearbeitung von Rügen, Auskunftersuchen und Nachprüfungsverfahren
- Prüfung durch Rechnungsprüfungsamt, Aufsichtsbehörden sowie Fördermittelgeber

Die Verarbeitung erfolgt dabei auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DS-GVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) in Verbindung mit den jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere:

- dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Teil 4
- der Vergabeverordnung (VgV)
- der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)
- der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil A (VOB/A)

- dem Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften

sowie unter Zugrundelegung der haushaltsrechtlichen Vorschriften der ThürKO, insbesondere zu Wirtschaftlichkeit und Rechnungsprüfung und den steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungspflichten (u. a. AO).

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre Daten werden innerhalb der Stadtverwaltung nur an die Stellen weitergegeben, die sie zur Aufgabenerfüllung benötigen (z. B. Vergabestelle, bedarfsanmeldendes Fachamt, Kämmerei, Rechtsabteilung, Rechnungsprüfungsamt, Gremien der Stadt).

Eine Weitergabe an Dritte erfolgt, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, insbesondere an:

- andere Bieter und Bewerber, soweit gesetzlich vorgesehen (z. B. Mitteilung des Namens des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, nach § 134 GWB bzw. Information nach UVgO/VOB/A; Teilnahme an Öffnungsterminen)
- Veröffentlichungsstellen und Auftragsbekanntmachungsdienste (z. B. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, nationale Bekanntmachungsplattformen, Vergabeportale) im Rahmen der Bekanntmachungs- und Transparenzpflichten
- Anbieter und Betreiber der genutzten elektronischen Vergabeplattform (e-Vergabe-Plattform des Bundes)
- externe Dienstleister, die die Stadt im Vergabeverfahren unterstützen (z. B. Planungs- und Ingenieurbüros, Projektsteuerer, Rechtsanwälte, Sachverständige)
- Vergabekammer, Gerichte und beteiligte Rechtsanwälte im Rahmen von Nachprüfungs- und Rechtsschutzverfahren, einschließlich Akteneinsicht nach § 165 GWB
- Aufsichts- und Prüfbehörden (z. B. Kommunalaufsicht, Thüringer Rechnungshof, Fördermittelgeber und Bewilligungsstellen, Bundeskartellamt, Landeskartellbehörde)
- Register- und Auskunftsstellen sowie Behörden im Rahmen der Eignungs- und Zuverlässigkeitsprüfung (z. B. Wettbewerbsregister, Gewerbezentralregister, Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Zollverwaltung/Finanzkontrolle Schwarzarbeit)
- Statistisches Bundesamt

5. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

☐ ja

☒ nein

Die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

☐ Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DS-GVO): _____

☐ geeignete Garantien (Art. 46 DS-GVO): _____

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies für die genannten Zwecke erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen. Maßgebend hierfür sind insbesondere:

- vergaberechtliche Dokumentationsvorschriften (z. B. § 8 VgV, § 6 UVgO, § 20 VOB/A) - demnach mindestens für 3 Jahre ab dem Zuschlag; bei Aufträgen mit längeren Gewährleistungs- oder Nutzungszeiträumen, bei Fördermaßnahmen und bei Rechtsstreitigkeiten entsprechend länger nach den Vorgaben der Fördermittelgeber und den gesetzlichen Regelungen
- Rechnungsbegründende Unterlagen und Verträge: 6/8/10 Jahre nach den steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§ 147 Abgabenordnung)
- nicht berücksichtigte Angebote bzw. Teilnahmeanträge: bis zum Ablauf der Rechtsschutz- und Dokumentationsfristen; Löschung nach Ablauf der Frist
- Daten auf elektronischen Vergabeplattformen: Dauer gemäß Löschkonzept der Plattform

Im Falle von Nachprüfungs- oder Gerichtsverfahren verlängert sich die Speicherdauer bis zu deren Abschluss.

7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b-d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Stadt Saalfeld/Saale haben Sie folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO
- Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO
- Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO
- Recht auf Unterrichtung nach Art. 19 DS-GVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DS-GVO
- Widerspruchsrecht nach Art. 21 DS-GVO
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DS-GVO (in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt)
- Recht auf Widerruf der Einwilligung nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO) beruht

Bitte beachten Sie, dass im Vergabeverfahren Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie Vertraulichkeitspflichten (z. B. § 5 VgV, § 165 Abs. 2 GWB) und gesetzliche Beschränkungen von Betroffenenrechten (z. B. nach dem Thüringer Datenschutzgesetz) bestehen können, die Ihre Rechte im Einzelfall einschränken.

8. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

☒ gesetzlich vorgeschrieben ☒ vertraglich vorgeschrieben ☐ für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:

☒ ja ☐ nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Ohne die geforderten Angaben und Nachweise (z. B. zur Eignung oder zu Ausschlussgründen) kann Ihr Teilnahmeantrag bzw. Angebot nicht geprüft und berücksichtigt werden; dies kann zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Ein Vertragsschluss ist ohne die erforderlichen Daten nicht möglich. Die Nutzung der elektronischen Vergabepattform ist, soweit gesetzlich vorgeschrieben, für die Kommunikation und Angebotsabgabe verbindlich. Die Verarbeitung technischer Protokolldaten ist für Betrieb und Sicherheit der Plattform erforderlich.

9. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ☐ ja ☒ nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde: _____

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern): _____

10. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ☐ ja ☒ nein